



# **europa-union deutschland**

**Mitwirken am Europa der Bürger**

**LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ e.V.**  
Postfach 1843, 55008 Mainz

Tel.: 06131 220 538  
Fax: 06131 250 52 30  
E-Mail: [info@europa-union-rlp.de](mailto:info@europa-union-rlp.de)  
Internet: [www.europa-union-rlp.de](http://www.europa-union-rlp.de)

Konto: Rheinland-Pfalz Bank Mainz  
(BLZ 600 501 01) Nr. 7 401 501 462

Mainz, den 25. November 2013

## Pressemitteilung

### **Dr. h.c. Friedhelm Pieper im Präsidium der Europa-Union Deutschland**

Europäische Spitzenkandidaten, europäische Wahlkampfthemen und eine europäische Regierung fordert die überparteiliche und unabhängige Europa-Union Deutschland in ihrem Kieler Appell, der vom 59. Bundeskongress verabschiedet wurde. Gleichzeitig wählten die Delegierten Dr. h.c. Friedhelm Pieper (Koblenz), Landesvorsitzenden Rheinland-Pfalz und Kreisvorsitzenden Koblenz als Mitglied des Präsidiums. Rainer Wieland, MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments wurde in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Zur Stärkung der europäischen Demokratie verabschiedeten die Delegierte aus ganz Deutschland zwölf Forderungen (Kurzfassung):

1. Wahlkampf zu den Europawahlen 2014 ausschließlich zu europäischen Themen.
2. Die Parteien sollen europaweite Spitzenkandidaten der Parteienfamilien nominieren und den Wahlsieger für die Wahl des Kommissionspräsidenten vorschlagen.
3. Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Sie muss die Rechte ihrer Bürger, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entschlossen verteidigen. Fehlentwicklungen innerhalb der Mitgliedstaaten muss entschieden entgegen gewirkt werden.
4. Volle Parlamentarisierung der EU. Hierzu gehört auch, dass die Europäische Kommission zu einer europäischen Regierung werden muss.
5. Nur solche Kandidaten für die Präsidentschaft der EU-Kommission sollen in Betracht gezogen werden, die eine Mehrheit des Europaparlaments bei den Wahlen 2014 hinter sich haben.
6. Alle auf europäischer Ebene zu treffenden Entscheidungen müssen in Zukunft auf der Grundlage der Gemeinschaftsmethode getroffen werden.
7. Der Euro ist und bleibt die gemeinsame Währung der EU und eine wichtige Errungenschaft der europäischen Einigung.
8. Das Auseinanderfallen von Euro- und Nicht-Euro-Mitgliedern muss verhindert werden. Deshalb sollten der Wirtschafts- und Währungsunion möglichst alle EU-Mitglieder beitreten.

9. Die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Nationalstaaten wird abgelehnt. Dennoch sollte die künftige Aufgabenverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten diskutiert geführt werden.
10. Um künftige Krisen gemeinschaftlich besser abwehren zu können, muss die EU – auch durch eine stärkere gemeinschaftliche Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik – zu einer Politischen Union ausgebaut werden, die auch außenpolitisch handlungsfähig ist.
11. Unionsbürger sollen auch an Wahlen zu den regionalen und nationalen Parlamenten in ihrem Wohnsitzland teilnehmen dürfen.
12. Nach den Europawahlen sollte ein bürgeroffener Konvent mit einem umfassenden Mandat zur Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlagen der EU einberufen werden.

Die Europa-Union Deutschland ist überparteilich und hat bislang nie Wahlempfehlungen abgegeben. Bei der Europawahl 2014 jedoch rät sie jedoch ausdrücklich von der Wahl von Parteien ab, die sich gegen die europäische Integration und den Euro stellen.

Verantwortlich:  
Anna M. Schneider  
Geschäftsf. Vorstandsmitglied